**PRESSEMITTEILUNG**

**„Salzunger Bündnis“ spricht sich für Vereinsgründung aus**

**Das „Salzunger Bündnis“ gegen den SuedLink in Thüringen hat sich für eine ergänzende Vereinsgründung ausgesprochen und will mit dem Verein „Keine Stromtrasse zwischen Rhön und Rennsteig“ über ein gemeinsames Vorgehen beraten.** Repräsentanten des Landkreises Schmalkalden-Meiningen, der Stadt Eisenach und des Unstrut-Hainich-Kreises sowie Vertreter aus dem Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz und dem Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft haben unter der Leitung von Landrat Reinhard Krebs (Wartburgkreis) in Bad Salzungen zum weiteren Vorgehen beraten.

„Zur Einbeziehung, Koordinierung und Unterstützung privater Betroffener strebt das Salzunger Bündnis eine ergänzende Vereinslösung an“, so Landrat Krebs in der Zusammenkunft des „Salzunger Bündnisses“ im Vorfeld der Demonstration in Fambach am 25. März gegen den SuedLink durch Thüringen. Dazu wollen die Bündnispartner mit dem bereits bestehenden Verein „Keine Stromtrasse zwischen Rhön und Rennsteig“ über ein gemeinsames Vorgehen sprechen.

Außerdem waren sich alle Bündnispartner und die Vertreter der beiden Ministerien darin einig, alle rechtlichen Möglichkeiten gegen einen SuedLink durch Thüringen auszuloten und erforderlichenfalls den Rechtsweg zu beschreiten. Dass der Freistaat Thüringen an der Seite des Salzunger Bündnisses steht, ist äußerst wichtig, da das für den SuedLink maßgebliche Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) den betroffenen Bundesländern eine besondere Verfahrensstellung einräumt.

Das „Salzunger Bündnis“ gegen den SuedLink in Thüringen ist ein von Landrat Reinhard Krebs initiiertes politisches Bündnis der betroffenen Landkreise Wartburgkreis, Schmalkalden-Meiningen, Unstrut-Hainich-Kreis und der Stadt Eisenach. Nachdem der ursprünglich als Freileitung geplante SuedLink durch Hessen laufen sollte, wird nunmehr eine durch Westthüringen verlaufende Erdkabeltrasse favorisiert. Derzeit erfolgt die sogenannte Bundesfachplanung, in der ein Kilometer breiter Korridor bestimmt wird, indem die später einmal vierzig Meter breite Trasse verlaufen soll. Antragsteller des Vorhabens ist die TenneT TSO GmbH. Zuständige Behörde ist die Bundesnetzagentur (BNetzA). Im Januar hat die BNetzA eine von der thüringischen Landesregierung geplante Alternativtrasse abgelehnt, obwohl dieser Trassenvorschlag umweltverträglicher, kürzer und damit kostengünstiger ist.